

Zeitschrift: Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung
Herausgeber: Schweizerische Friedensgesellschaft
Band: - (1918)
Heft: 1-2

Artikel: Eine Erklärung des "Nederlandsche Anti-Oorlog Raad" über die Reden von Lloyd George und Wilson
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-801969>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

erinnern, wie er noch in den letzten Jahren mit dem Feuer eines Jünglings reden und seine Zuhörer entflammen konnte. Von 1901 bis 1914 war er Präsident der Waadtländischen Sektion der Schweizerischen Friedensgesellschaft und mehrere Jahre auch Zentralpräsident. Bis vor kurzem war er noch Mitglied des Zentralkomitees und fehlte trotz seines Alters nur selten an dessen Sitzungen. Im Jahre 1905 begründete er unser Schwesterorgan „La Paix“, das er bis 1908 redigierte. Auch in der Tagespresse ist er oft mit Wärme für die Friedensbewegung eingetreten. In den letzten Jahren litt unser Freund an Schwerhörigkeit und gewiss ist ihm dieses Leiden schliesslich an jenem Unglückstage zum Verhängnis geworden.

Wir stehen nun trauernd an seinem Grabhügel, ihm dankend für sein Wirken und mit unsrer Liebe ihn begleitend. Sein Name wird nicht nur unter den Pazifisten seiner engeren Heimat, nein, auch bei seinen Gesinnungsgenossen im ganzen Schweizerland unvergessen bleiben.

Grosse Freude in der Schweiz über Präsident Wilsons Friedensprogramm.

Ein telegraphische Nachricht vom Sekretär des „N. A.-O. R.“, Dr. de Jong van Beek en Donk, der noch in der Schweiz verbleibt, meldet, dass man in verschiedenen Kreisen der Schweiz die Rede von Präsident Wilson vom 8. Januar als einen besonders glücklichen Schritt auf dem Wege des Friedens betrachtet. Nach dortigen Auffassungen bedeute die Rede Wilsons offenbar, dass die Alliierten verzichten auf den Standpunkt, der von Clemenceau und früher auch von Lloyd George vertreten worden ist, dass kein Friede ohne Sieg für die Entente möglich sein würde. Ausserdem wird das Programm Wilsons betrachtet als ein Beweis, dass die Alliierten verzichten auf jede Einmischung in die innere Politik Deutschlands und ebenfalls auf den Wirtschaftskrieg, sowie auf alle anderen extremen Forderungen, wie von der Northcliffepresse verkündet.

Der Bericht aus der Schweiz betont nachdrücklich, dass Wilson bei der Besprechung der Wünsche Frankreichs und der Grenzberichtigungen Italiens Worte gewählt hat, die zeigen, dass es sich hier keineswegs um bestimmte Forderungen handelt, sondern nur um Wünsche der Entente, Wünsche, welche den Weg zur Verständigung offen lassen.

Ebenfalls ergibt sich aus der Rede von Präsident Wilson, dass hinsichtlich der Zurückgabe der deutschen Kolonien nicht die Rede sein kann von einer einseitigen Durchführung des Selbstbestimmungsrechts der Völker; im Gegenteil hat der Präsident nachdrücklich das allgemeine Prinzip ausgesprochen, dass mit Rücksicht auf koloniale Fragen, die gerechten Forderungen der Regierung über deren Herrschaft in bezug auf bestimmte Kolonien entschieden werden soll, von ebensoviel Gewicht sein

sollen, als die Interessen der betreffenden Bevölkerungen.

Auch wird in der Schweiz darauf hingewiesen, dass die allgemeinen Prinzipien der Rede Wilsons vollkommen übereinstimmen mit den Programmen der verschiedenen Friedensorganisationen, die während des Krieges aufgestellt worden sind, und speziell mit dem Mindestprogramm der „Zentralorganisation für einen dauernden Frieden“.

Man erachtet es deswegen in der Schweiz als erwünscht, dass die neutrale Welt in Massenkundgebungen das oben erwähnte deutlich betont. Von der Schweiz aus sind Friedensvereine in andern Ländern angeregt worden, sich in derartiger Weise auszusprechen, indem in der Schweiz selbst Massnahmen zur Veranstaltung öffentlicher Versammlungen in Bern, Genf und Zürich abzuhalten, getroffen worden sind.

Eine Resolution sollte dort angenommen werden, feststellend, dass, während die allgemeine Kundgebung der Zentralmächte vom 25. Dezember in Brest-Litowsk bereits den Wunsch zur Verständigung gezeigt habe, die jetzige Rede Wilsons den Weg zum Frieden öffne, sodass jetzt alle Kriegführenden zur Einleitung allgemeiner Friedensverhandlungen auf der Grundlage des Wilsonschen Programmes aufgefordert werden sollten.

Eine Erklärung des „Niederlandsche Anti-Oorlog Raad“ über die Reden von Lloyd George und Wilson.

Das niederländische Korrespondenzbureau für Tageszeitungen schreibt:

Als einer unserer Vertreter den Vorstand des „Niederlandschen Anti-Oorlog Raad“ nach seiner Meinung über die letzten Reden von Lloyd George und Präsident Wilson fragte, gab er uns folgendes als seine Ansicht wieder.

Die allgemeinen Grundsätze, die hinsichtlich der Kriegsziele der Alliierten in diesen beiden Reden niedergelegt sind, zeigen eine merkwürdige Übereinstimmung mit den Grundsätzen, für welche die Mittelmächte sich in ihrer allgemeinen Erklärung in Brest-Litowsk am 25. Dezember ausgesprochen haben. Aber ausserdem sind auch hinsichtlich verschiedener konkreter Fragen in diesen beiden Reden Lichtpunkte zu entdecken.

Im besonderen gilt dies hinsichtlich der Forderung betreffs Elsass-Lothringen. Der Vorstand des N. A.-O. R. glaubte vor allem darauf die Aufmerksamkeit lenken zu müssen, weil das, was Lloyd George und Präsident Wilson hierüber gesagt haben, in verschiedenen Presseartikeln unrichtig interpretiert worden ist. Erstens hat Lloyd George deutlich zu verstehen gegeben, dass es sich hier um eine französische Forderung handelt, die von den Alliierten unterstützt wird, und nicht um eine For-

derung, die von allen Alliierten zusammen gestellt worden ist. Zweitens hat Wilson erklärt: „Das Unrecht, das Preussen 1871 Frankreich angetan hat, muss wieder gut gemacht werden“, während Lloyd George die folgenden Worte brauchte: „Wir werden die französische Politik bis in den Tod unterstützen in ihrer Forderung der „Nachprüfung“ (reconsideration) des grossen Unrechts von 1871“.

Wenn man sieht, wie selbst in holländischen Blättern das Wort „reconsideration“ mit „Wiedereroberung“ übersetzt worden ist, dann hat in der Tat der „Star“ recht, wenn er warnte: „Das Wort „reconsideration“ hinsichtlich der Forderung betreffs Elsass-Lothringen wird hoffentlich, wie es sich gehört, ins Deutsche übersetzt werden. Es ist ein diplomatisches Wort“.

Während die französische Presse über die Unterstützung, die der Forderung von Elsass-Lothringen gewährt wurde, gejauchzt hat, müssen nach der Ansicht des Vorstandes des N. A.-O. R. die betreffenden Worte im Gegenteil als eine Konzession von Seiten der Alliierten hinsichtlich Elsass-Lothringens aufgefasst werden, insofern als daraus hervorgeht, dass nicht länger die vollständige Rückgabe Elsass-Lothringens gefordert wird, sondern nur eine neue Behandlung der Elsass-Lothringischen Frage. Hieraus darf man schliessen, dass ein Kompromiss mittels eines Referendums, oder auf irgend eine andere Weise möglich sein würde.

Der Vorstand des N. A.-O. R. hat seinem Befremden darüber Ausdruck gegeben, dass Kühlmann und Czernin bei der Wiedereröffnung der Friedensunterhandlungen in Brest-Litowsk am 10. Januar mit keinem einzigen Wort dieser Reden Erwähnung getan haben, sondern dass nur konstatiert worden ist, — was natürlich vollkommen richtig ist — dass der Abbruch der Friedensunterhandlungen für 10 Tage keine Antwort der Alliierten nach Brest-Litowsk gebracht hat. Mit grosser Sicherheit darf erwartet werden, dass jetzt von Seiten der Zentralen als Antwort auf die Reden von Lloyd George und Wilson noch ein Schritt zur Annäherung getan werden wird.

Zwar macht die Rede, die Balfour am 10. Januar in Edinburg gehalten hat, den Eindruck, als ob jetzt in England wieder eine andere Stimmung entstanden sei. Dieser Eindruck wird jedoch hauptsächlich erweckt durch das abscheuliche Bild, das Balfour von den deutschen Kriegszielen gab, über die Balfour selbst zu erklären wagte: „Dass es die Kriegsziele seien, derentwegen Deutschland, seiner eigenen Erkenntnis zufolge, bereit ist, den Krieg fort dauern zu lassen“. Man vergesse aber nicht, dass Balfour über die eigenen Kriegsziele der Alliierten nichts anderes gesagt hat, als dass er sich den Worten Lloyd Georges und Wilsons darüber vollkommen anschliesst. Auf die Erklärungen über die eigenen Kriegsziele kommt es in den Reden der Staatsmänner gerade an. Als Neutrale aber müssen wir

bedauern, dass die unserer Ansicht nach vollkommen unrichtige Vorstellung, die Balfour vom Kriegsziel seiner Gegner gibt, den günstigen Eindruck, den die Reden von Lloyd George und Wilson in Deutschland gemacht haben, wieder abschwächen könnte.

Der „Niederlandsche Anti-Oorlog Raad“ über Brest-Litowsk.

Der „Niederlandsche Anti-Oorlog Raad“ hat am 18. Januar an die „Zentralstelle für Völkerrecht“ in Berlin ein Telegramm folgenden Inhalts geschickt:

Indem der „Anti-Oorlog Raad“ hocheifrig über die Erklärung der Zentralen in Brest-Litowsk am 25. Dezember im Einverständnis mit der Erklärung Russlands, dass keine gewaltsame Aneignung von Gebieten beabsichtigt wurde, waren wir als neutrale Gegner jeder Annexion dem Mindestprogramm der „Zentralorganisation für einen dauernden Frieden“ gemäss unangenehm berührt durch die Meinungsverschiedenheiten, welche sich zwischen den verhandelnden Parteien bei der Durchführung dieses Prinzips herausgestellt haben.

Ohne sich über die tatsächlichen Verhältnisse in den betreffenden Gebieten auszusprechen, wünscht der „Anti-Oorlog Raad“ in der Öffentlichkeit Ausdruck zu geben der Forderung der neutralen Welt, dass die Zentralmächte nach grundsätzlicher Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts auch in der Praxis mehr die vollen Konsequenzen dieses Prinzips akzeptieren sollten als leider bisher aus den Verhandlungen in Brest-Litowsk hervorgegangen ist.

Aussprachen von Nationalversammlungen während Besetzung des Gebietes von einer fremden Militärmacht garantieren nicht, dass freie Aussprachen der betreffenden Bevölkerungen vorliegen. Vom neutralen Standpunkte wäre deshalb jedenfalls ein neues Volksvotum oder irgend eine neue Befragung der Bevölkerung unter Bedingung der politischen vollen Freiheit und des Fehlens jedes äusseren Druckes notwendig um Sicherheit zu erlangen, dass keine Gebietsübertragung oder Lostrennung oder Angliederung stattfindet, gegen die Interessen und Wünsche der Bevölkerung.

Wenn die deutsche Regierung bei der bevorstehenden Detaildiskussion diesem Gedanken beistimmen würde, wie vielleicht aus der Erklärung von Staatssekretär von Kühlmann vom 14. Januar erhofft werden darf, würde die deutsche Regierung die übrige Welt deutlicher von der Aufrichtigkeit ihres Standpunktes, dem Selbstbestimmungsrechte gegenüber, überzeugen, was nicht nur den guten Erfolg der Brest-Litowsk-Verhandlungen fördern, sondern gleichzeitig auch in andern feindlichen Ländern die Friedensgeneigntheit verstärken würde.

In der Hoffnung, dass unsere Gesinnungsgenossen in den Zentralländern diese unsere Anschauungen teilen, richten wir uns an ihren Vorstand als